

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

Aus dem Inhalt:

- Jaksch über das deutsche Problem
- Ein Masarykbuch von Hofbauer
- Politischer Terror im Staatsforst
- Jahresbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes

17. Jahrgang

Freitag, 19. November 1937

Nr. 272

Der deutsche Sender — 10 Jahre zu spät!

Jaksch gegen unzulässige anonyme Einflüsse

Im Budgetausschuß befaßte sich Genosse Jaksch im Zusammenhang mit kulturellen Fragen auch mit dem deutschen Sender, einem Kapitel, das nicht zum erstenmal im Budgetausschuß erörtert wird und das endlich einmal aus der Diskussion verschwinden sollte.

Man wird zugeben müssen, erklärte Jaksch, daß sich die Errichtung des deutschen Senders infolge von bekannten Strömungen ohnedies schon um gute zehn Jahre verspätet hat. Wenn es nun endlich dazu kommt, so soll die Institution so eingerichtet sein, daß sie die Erwartungen nicht enttäuscht, welche gerade die staatsbehaltende deutsche Bevölkerung an sie geknüpft hat.

Leider sehen wir bei den Vorbereitungsarbeiten keine einheitliche Linie, leider müssen wir das Obwalten der divergierenden Einflüsse konstatieren und wir haben oft den Eindruck, daß sich anonyme Faktoren in die Frage der Neugestaltung, des Ausbaues und der Organisation des deutschen Senders mehr als zulässig einmischen.

Wir können dem unmöglich zustimmen und erklären es mit aller Offenheit, daß durch diese Einflüsse vielleicht ein deutscher Sender geschaffen wird, bei dem die deutsche Bevölkerung möglichst wenig dreingeredet haben wird. Deswegen halten wir es für unsere Pflicht, noch vor der Entscheidung darauf aufmerksam zu machen, daß es sich nicht um ein propagandistisches, sondern um ein politisches Problem handelt. Bei dem die deutschen Regierungsparteien nicht übergegangen werden wollen!

150.000 Italiener in Spanien

Negrin über Freiwilligenfrage und spanische Währung

Barcelona. (Ag. Sp.) Ministerpräsident und Finanzminister Negrin erklärte den Vertretern der Auslandspressen, daß die Antwort an das Londoner Nichteinmischungskomitee wahrscheinlich noch in dieser Woche gegeben werden wird. Der gute Glaube dieses Komitees stehe außer Zweifel, aber anders sei es mit den Informationen über die Anzahl der ausländischen Kämpfer in Auslandsblättern. Nach den Feststellungen der Regierung betrage die Zahl der italienischen Soldaten in Spanien 150.000. Die sonst genannte Zahl 60.000 könne nur die im Kampf stehenden italienischen Truppen bedeuten, zu denen aber die Reserve- und Ueberwachungsgruppen sowie die Polizei und die Ueberwachung von Straßen, Eisenbahnen etc. im Francogebiet kommen. Ganze Garnisonen dort bestehen völlig aus Auslandsstruppen. Ohne und ohne Fragen, sagte Negrin weiter, hat man davon gesprochen, daß je 5000 Mann zurückgezogen werden sollen. Das wäre ein Unfug! Wir müßten dann die Internationale Brigade entlassen, während die Rebellen sich bloß ihrer Kranten und Verwundeten entledigen werden, die ohnehin nicht im Kampf stehen. Zum Kurs der Peseta erklärte Negrin, daß dieser unter dem wirklichen Wert liegt, denn die Notendeckung der Bank von Spanien ist auch heute noch die höchste der Welt. In wieviel nahe bevorstehender Zukunft werde man mit sehr nahe bevorstehender Zukunft werde man mit einer Wiederaufwertung der spanischen Währung rechnen haben. Schließlich kündigte der Regierungschef für die nächste Zeit die Nationalisierung der Kriegsindustrie und eines Teiles der Transportmittel an.

Der japanische Vormarsch stockt

Schanghai. (Reuter.) Im Abschnitt um Kaschin werden die heftigen Kämpfe fortgesetzt. Die Festung Anshan am Yangtse nördlich von Schanghai bleibt, obwohl sie von den Japanern stark beschossen wird, in den Händen der Chinesen. Bisher ist es den Japanern nicht gelungen, die zweite Verteidigungslinie, deren äußerster Hügel zu Lande und zur See bombardiert wurden, zu durchbrechen.

USA in die demokratische Front

Weltpolitische Bedeutung des amerikanisch-englischen Handelsvertrags / Antwort auf den Antikominternpakt

London. (Eigenbericht.) Wie der britische Ministerpräsident Chamberlain im Unterhaus und Staatssekretär Hull in Washington am Donnerstag gleichzeitig bekanntgaben, stehen offizielle Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen England und den Vereinigten Staaten bevor.

Diese Ankündigung bedeutet in Wahrheit, daß eine Einigung in den wichtigsten Fragen bereits erzielt ist. Die britischen Dominions wurden über den Fortgang der bisherigen offiziellen Besprechungen auf dem laufenden gehalten. Praktisch wird der kommende Handelsvertrag, der auf amerikanischen Zollreduktionen für englische Industriewaren und der Meißelbegünstigungsklausel aufgebaut werden soll, und

den amerikanischen Waren auf dem englischen Markt eine Zwischenstellung zwischen den Dominions und dem übrigen Ausland bieten wird, einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß aller angelsächsischen Länder bedeuten. Die politische Bedeutung dieses Geschlechtes liegt auf der Hand. Sie wird überdies in amerikanischen Blättern deutlich unterstrichen. So schreibt die „Washington Post“, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Solidarität mit der demokratischen Front zeigen wollen, um eine deutliche Antwort auf den Antikominternpakt zu erteilen. Man erwartet in Washington durch ihn nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Stärkung der demokratischen Kräfte. Der Abschluß des Vertrages wird weltpolitische Bedeutung haben.

Scharfe Polemik Dr. Hodzas gegen Kundt

Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hatte u. a. Dr. Kofsch am Mittwoch irreführend versichert, daß die SDP ja gar nicht irredentistisch sei, wie ihn Dr. Stranisky vorgeworfen hatte. Später hatte Kundt (SDP) in seiner gewöhnlichen schnoddrigen Weise an der Staatsführung Kritik geübt, das Militär als den einzig entscheidenden Faktor hingestellt, den offenen Brief Penzeleins an den Präsidenten kommentiert und schließlich auch die Verhandlung der SDP-Anträge betreffend die nationale Autonomie verurteilt.

In seinem Schlusswort befaßte sich nun Ministerpräsident Dr. Hodza ausführlich mit den Ausführungen der SDP-Redner, vornehmlich des Herrn Kundt. Bei der bekannten Menschenkenntnis des Premieres muß es einigermaßen auffallen, daß er den parlamentabelannten Penzeleins der Ueberzeugung, mit dem Herr Dr. Kofsch seit Jahren schon immer seine jeweilige Ueberzeugung vertritt, als bare Münze nahm und Hodze fast Komplimente darüber machte, mit welcher „innerer Bewegung“ er den Vorwurf der Irredentia zurückgewiesen habe. Kundt gegenüber schlug Dr. Hodza allerdings einen wesentlich anderen Ton an.

Er protestierte zunächst dagegen, daß Kundt den Präsidenten der Republik in die Debatte gezogen habe. Die Verantwortlichkeit des Parlamentes, bezüchtigen Wänden der Regierung zu entsprechen, dürfe nicht, wie Kundt es tat, als Rücktrittslosigkeit hingestellt werden. Auch müsse Kundts Behauptung zurückgewiesen werden, daß sich Regierung und

Parlament a priori allen Wünschen des Militärs beugen. Das sei nicht so und werde auch niemals so sein.

Auch die Annahme sei absolut unrichtig, daß die innere oder auswärtige Politik in der heutigen Zeit irgend einen Staat in Europa, wenn nicht in der Welt, von der Pflicht zu rücken entheben könnte, wenn die anderen und alle anderen rüsten. (Rustimmung.) Die Rüstungen in der Tschechoslowakei, erklärte Hodza, sind keine tschechoslowakische Spezialität (neuerliche Rustimmung), sondern eine auf Grund der internationalen Lage gegebene Notwendigkeit.

Auch die „Rei“ erhielt einen verdienten Tadel durch die Bemerkung Dr. Hodzas, Kundt habe nicht das Recht, die tschechische Parteipresse der Aggressivität zu beschuldigen, weil sein Organ „ein Blatt ist, an dessen Objektivität ich, wie so mancher von Ihnen, ernst Zweifel hege.“ (Rustimmung.) Der Ton Kundts gerichte der Befriedigung, von der viel die Rede gewesen sei, nicht zum Nutzen.

Andererseits nahm Dr. Hodza die Verführung Kundts, Dr. Kofsch habe als er den Vorwurf der Irredentia zurückgewiesen, die Auffassung aller Rustung allerer seines Mundes betreten, zur Kenntnis. Allerdings mit dem einschränkenden Hinweis, diese Erklärung wäre immer auch durch die ganze politische Praxis der SDP ihre Begründung finden. Die von der SDP geforderte Diskussion über ihre Anträge werde mit aller Gründlichkeit durchgeführt werden. Zum Schluß hielt Dr. Hodza der SDP noch eine Belehrung über Verantwortlichkeit. Um die Uebereinstimmung Kundt da nicht befohl zu sein. Sie kennen ihre Verantwortlichkeit (für die Schaffung einer nationalen Verfassung) bis in die letzte Konsequenz besser als die SDP. Vorläufig könne man ein ähnliches Verantwortungsgefühl auf der Gegenseite nicht bemerken. Sollte dies anders werden, dann werde auch die Diskussion darüber freundschaftlicher sein können.

Hitler will kneifen!

London. (Eigenbericht.) Im „Deure“ schreibt Madame Tabouis, daß Neurath den englischen Unterhändler Lord Halifax in dem Sinne informiert habe, der Führer wolle mit ihm im wesentlichen über die politische Philosophie des nationalsozialistischen und des englischen Regierungssystems reden. Halifax habe jedoch angekündigt, daß er präzise Fragen zu behandeln wünscht, darunter auch über die deutschen Pläne in Mitteleuropa. Neurath habe jedoch durchblicken lassen, daß der Führer nicht über Einzelheiten zu sprechen wünsche.

Wer finanziert die Cagoulards?

Paris. (Eigenbericht.) Im Zusammenhang mit der eben in Paris aufgedeckten Verschwörung der Cagoulards wurden in Paris und in verschiedenen französischen Städten 450 Hausdurchsuchungen vorgenommen und neun Personen verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich einige reiche Industrielle. Es wird vermutet, daß die Cagoulards auch an dem kürzlich in Paris verübten Bombenattentat beteiligt sind.

Die Blätter heben allgemein hervor, daß der Ausbau der geheimen Waffenlager, der Ankauf der Waffen und ihr geheimer Transport nach Frankreich (es handelt sich größtenteils um Was-

sen deutschen und italienischen Ursprungs) einige zehn Millionen Francs kosteten. Die wichtigste Frage, welche die Polizei, die Deffektivität und die Presse vorlegen, ist die genaue Feststellung, welches die Ziele dieser Verschwörung waren, ob bestimmte, schnelle und gewaltsame Aktionen angestrebt wurden und wer diese weitverzweigte Bewegung leitete und finanzierte.

Del Vayo zurückgetreten

Paris. (Eigenbericht.) Der frühere Außenminister der spanischen Republik und bisherige Generalkriegskommissar, Alvarez del Vayo, ist von seinem Posten zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Kommandant der Ostarmee, Credenciano Vilba, ernannt worden.

Italienisches Franco-Schiff gesunken

Paris. (Eigenbericht.) Das italienische Schiff „Vocaccio“, das mit einer Ladung von Bomben nach Franco-Spanien unterwegs war, ist Donnerstag um halb 6 Uhr unweit der Küste auf der Höhe von Vrest durch eine Explosion gesunken worden.

Friedens-Nobelpreis für Lord Cecil

Stockholm. Der Friedens-Nobelpreis wurde Lord Robert Cecil of Chelwood erteilt.

Nach der Besetzung Schanghais

Die militärische und politische Lage im Fernen Osten

Mit der Besetzung Schanghais durch die Japaner, die am 13. November erfolgt ist, tritt der Krieg in Ostasien, der zwar formell noch immer nicht erklärt ist, aber mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik geführt wird, in eine neue Phase.

Am 8. Juli war es bei Peiping zu einem der im Fernen Osten üblichen Zwischenfälle gekommen, was die Japaner als Anlaß zu einer großen Strafexpedition gegen China nahmen. Sie stellten im August ein Ultimatum an die chinesische Republik, dessen Annahme die tatsächliche Oberhoheit Japans über China bedeutete hätte. Da die Chinesen ablehnten, erklärten die Japaner, China wolle den Frieden nicht und begannen dank ihrer Ueberlegenheit zur See — von einer chinesischen Flotte kann man nicht sprechen — Truppen zu landen. Dabei verfolgten sie drei Ziele auf drei Kriegsschauplätzen: im Norden dringen japanische Truppen von Mandchurien aus, das seit 1931 unter Japans Oberherrschaft steht, vor, um die Verbindung zwischen der mit der Sowjet-Union verbündeten Mongolischen Volksrepublik und China zu unterbrechen und so China abzuriegeln; in der Mitte haben sie Peiping und Tientsin sowie einen großen Teil Mittelasien besetzt und suchen nun den Gelben Fluß zu erreichen; im Süden endlich haben sie 75 Tage, zuletzt mit einer Armee von 170.000 Mann, um Schanghai gerungen. Das ihnen den Weg in die reichen südchinesischen Provinzen öffnen soll, bis ihnen die chinesischen Truppen durch ihren Rückzug in der Nacht vom 12. auf den 13. November die Einnahme der Stadt möglich gemacht haben.

Das nächste Ziel der Japaner besteht nun darin, die Hauptstadt der chinesischen Republik Nanjing in ihre Hände zu bekommen. Ob und wann ihnen das gelingen wird, hängt von der Kampfkraft der chinesischen Armeen ab. Alle Berichterstatter und militärischen Beurteiler sind sich darin einig, daß sich die Chinesen mit großer Bravour schlagen. Daß sie bisher nach tapferer Gegenwehr Schritt um Schritt weichen mußten, liegt in der technischen Ueberlegenheit Japans, sowohl was Artillerie und Tanks als auch besonders was die Luftwaffe betrifft. Allerdings hat Japan den Widerstand seines Gegners unterschätzt und so rasch wird China nicht erobert sein, wie Italien Abessinien besetzt hat, dessen Krieger nicht einmal Schuße an den Hüften hatten und Schlachten schlugen, in denen sie eine einzige Kanone zur Verfügung hatten. Die Chinesen haben die Absicht, eine Verteidigungslinie hinter Schanghai, aber vor Nanjing zu beziehen, und zwar dort, wo das Land der Seen beginnt, die einen natürlichen Verteidigungswall der mittleren Provinzen bilden. Wie lange die Chinesen diese Linie halten werden, hängt von den strategischen und politischen Plänen Tschangkaifangs ab, der Ministerpräsident und zugleich General ist. Es könnte sein, daß dieser bedeutendste Staatsmann des heutigen China versuchen will, die Japaner von ihrer Operationsbasis und vom Meere, das sie beherrschen, ins Innere des Landes zu verlocken und sie dort zu schlagen, ihnen also das Schicksal Napoleons 1812 in Rußland zu bereiten. Man vergißt dabei nur allzu leicht, daß die Technik von heute die militärischen Voraussetzungen eines solchen Planes erheblich anders gestaltet als zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts. Die Flugwaffe überwindet auch die weitesten Entfernungen und die größten Schwierigkeiten — man erinnere sich nur daran, daß die Italiener bei ihrem Vormarsch durch wüsten und stromlos Terrain ihre Truppen mittels Flugzeugen versorgt haben. Auch politische Erwägungen der chinesischen Regierung könnten den Verlauf der Entwicklung wesentlich beeinflussen und den Rückzug abkürzen. Dies wäre dann der Fall, wenn China es vorzöge, mit Japan Frieden zu schließen und die Revanche etwa auf ein Jahrzehnt zu verschieben. Die Japaner würden beim Friedensschluß sich jedenfalls Garantien wehren lassen, durch welche sie neben Mandchurien weitere unter ihrem Schutz stehende, formal unabhängige Staaten schaffen würden. Das wäre eine Bedrohung der Sowjet-Union, gegenüber welchem

Japan nun eine große Operationsbasis auf dem asiatischen Festland hätte und eine Verdrängung des anglo-amerikanischen Einflusses in Mittel- und Süd-China, wo diese beiden Länder viele Millionen investiert haben. Es wäre nach der Festlegung Italiens an den Nilquellen die zweite koloniale Niederlage des britischen Weltreiches, aber auch eine Nachteilbude der Vereinigten Staaten, die in Verfall an der Erfolglosigkeit der Ostasien-Konferenz durch ihre Teilnahme nichts zu ändern vermöchten.

Der Appell Chinas an den Völkerbund, an die Völker der Welt hat bisher nichts geholt. Japan kann sich im Vorgehen der anglo-amerikanisch-russischen Lebensinteressen frei bewegen, kann offene Städte bombardieren und China in ein Blutmeer verwandeln. Je weiter die Japaner vordringen, desto mehr nähern sie sich den Grenzen der Sowjet-Union, desto größer wird die Gefahr für die Herrschaft Englands in Indien und der Amerikaner im Stillen Ozean, desto näher rückt

also die Gefahr eines Weltbrandes, der sich von Ostasien über die ganze Erde verbreiten könnte. Allerdings ist die Ueberlegenheit der drei an dem Schicksal Ostasiens unmittelbar interessierten Mächte und ihrer Verbündeten so groß, die Häufigkeit der drei dynamischen Mächte, Japan, Deutschland und Italien, einen längeren Krieg durchzuhalten, so gering, daß man die begründete Hoffnung haben kann, es werde uns ein zweiter Weltkrieg erspart bleiben.

Kinder für eine neue Kinderheilstätte in Schatzlawa bei Prochatt vom Presse-Departement zuging, sind keine ausreichende Erleichterung.
Der Herr Ministerpräsident hat in seiner heutigen Rede ausdrücklich wiederholt, daß keine Internationalisierung geplant ist. Wir nehmen sie mit Dank zur Kenntnis und haben nur den Wunsch, daß dieser vernünftige Standpunkt auch in der Frage der Kinderheilstätten respektiert wird. Es ließe sich hier mit einem Reklamationsverfahren Ordnung schaffen. Wenn es dem deutschen Ortskulturamt möglich wäre, ein Kind deutscher Eltern an der tschechischen Schule herauszuerkammern und umgekehrt, so wäre damit für beide Teile eine befriedigende Lösung geschaffen!

Das deutsche Problem in der Staatspolitik

Ein Sozialdemokrat als Anwalt sudetendeutscher Interessen

Auch bei der diesjährigen Budgetberatung nimmt das nationale Problem einen breiten Raum ein. Im Vorjahre ging es um die Anerkennung des Prinzips der Proportionalität. Nunmehr steht die Frage der praktischen Anwendung dieses inzwischen anerkannten Grundgesetzes im Vordergrund.

Genosse Katsch nahm Mittwoch noch einmal zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung, und zwar im Anschluß an das bereits zitierte Exposé des Ministerpräsidenten Dr. Sedláček, zu dessen Ausführungen er mehrfach Stellung nahm. Zitiert wurde u. a. aus:

Auf dem Höhepunkt des Einflusses der nationalitätlichen Gewalt in der Umwelt haben wir den herkömmlichen Versuch unternommen, den Jahrhunderte alten Streit zwischen Deutschen und Tschechen zu beenden und eine feste Basis für die Annäherung der beiden Völker zu finden. Wir geben uns über die Schwere dieses Versuches keiner Täuschung hin. Wir sehen auch die außerordentlichen Schwierigkeiten, denen die Pioniere und Anhänger einer demokratischen Befriedigung der deutschen Bevölkerung im tschechischen wie im slowakischen Lager gegenüberstehen. Die Schaffung einer neuen Atmosphäre ist die neue Voraussetzung des Gelingens einer wirklichen Verständigung.

Keine mechanische Proportionalität

Der Ausweg aus den objektiven Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstehen, ist nicht in einer linearen Proportionalität zu finden. Wir haben vom Herrn Ministerpräsidenten in dieser Richtung eine ganze Serie ausschlagreicher Ziffern gehört und wir wären in der Lage, diese noch in mancher Hinsicht zu ergänzen. In die Frage der gesamtstaatlichen Proportionalität spielen auch regionale Probleme hinein, die in Form einer vernünftigen Sündflut gelöst werden müssen.

Das gilt z. B. für die Neueinstellungen bei den Tabakfabriken, die feinerzeit errichtet wurden, um für bestimmte Notstandsgebiete als die einzige industrielle Arbeitsbeschäftigung zu schaffen. Natürlich hat sich die Bevölkerung auf diese Ermöglichte eingestellt und ist erbittert, wenn bei Neuaufnahmen Ortsfremde bezugsholt wurden und die ortsansässigen Arbeitslosen zu kurz kommen. Deshalb ist es nicht möglich, in der Regionalpolitik der Tabakregie die lineare Proportionalität anzuwenden, ebenso wenig wie wir zunächst darauf Gewicht legen, daß die Deutschen etwa im Offiziellkorps die lineare Proportionalität erreichen. Wir lassen uns also gewisse Forderungen, die regionalistisch begründet sind und über den Rahmen der allgemeinen Proportionalität notornotwendig hinausgehen, gern repräsentieren im Hinblick auf andere Gebiete, wo wir nicht so starke wirtschaftliche und soziale Interessen geltend zu machen haben.

In der Gesamtschau bleibt doch ein Minderwert von ungefähr 40.000 deutschen Staatsangehörigen und öffentlichen Bediensteten offen, das die bisherige Verkürzung illustriert und das wir durch eine gerechte Durchführung des 18. Februar mit möglicher Beschleunigung ausgleichen wollen. Dabei ist es im staatspolitischen Interesse notwendig, daß im deutschen Gebiet eine angemessene Anzahl Deutscher im öffentlichen Dienst tätig ist.

Die Einflüsse nationaler Kampforientierungen im Schulwesen und in der Regionalpolitik müssen abgeschaltet werden. Es ist nochmals betont, daß es uns nicht so sehr um die mechanische Proportionalität geht als darum, daß personalpolitische Entscheidungen im Einvernehmen mit den deutschen Regierungsparteien getroffen werden. Wir brauchen ein System der permanenten Arbitrage für die vielen Tausenden von Einzelentscheidungen, welches ermöglicht, diese Dinge im Wege von parlamentarischen Interventionen zu betreiben.

Sprachprüfungen ohne Schikanen!

Ein Hindernis für deutsche Bewerber ist meistens die oft mangelnde sprachliche Qua-

lifikation. Wir müssen uns an die deutsche Jugend, namentlich an die, die sich einer höheren Schulbildung erfreut, unbedingt die Forderung richten, daß sie sich die nötigen Sprachkenntnisse aneignet, die sie im öffentlichen Dienst braucht. Anders sieht es dort, wo auch für kleine Angestellte und Arbeiter maximale Sprachkenntnisse vorausgesetzt werden. Darüber heißt es ausdrücklich in den Wechtereinbarungen:

„Die Regierung ist bereit, das Ausmaß der Sprachprüfungen nach den tatsächlichen Bedürfnissen mit Rücksicht auf die Verwendung des Bewerbers im öffentlichen Dienst zu regeln und zur Ausgabe diesbezüglicher Befehle beizutragen.“

Die entstehenden Minderheiten sollten mit möglicher Beschleunigung an die verschiedenen Ämter gelangen. Wir können uns bei dem Wunsch nach Realisierung dieses Jugendbündnisses auf einen wichtigen Fürsprecher berufen. In der revolutionären Nationalversammlung erklärte der Referent zum Sprachengesetz, Abg. Snídel, in der Sitzung vom 27. Februar 1920:

„Wir haben in Oesterreich schwer daran getragen, daß z. B. der Eisenbahnminister einen drakonischen Erlass herausgegeben hat, wonach jeder Arbeiter, auch beim Bahndienst, jeder Wächter, kurz jedermann tschechisch können mußte, und daß er diesen drakonischen Erlass auch drakonisch durchzuführen ließ. Und da weiß ich nicht, wer von uns es wollte, daß auch bei uns dazu gegriffen wird. Sollen auch wir selbst diejenigen, die es absolut nicht brauchen und nicht notwendig müssen, sollen wir z. B. irgendwo in Reichenberg oder in Eger usw. einen Eisenbahnarbeiter oder Wächter dazu nötigen, daß er tschechisch kann? Das, hohe Nationalversammlung, wird sicherlich niemand von uns wollen und das ist auch nicht notwendig.“

Leider wurde dieser vernünftige Standpunkt in der Praxis später nicht beachtet. Wir begrüßen die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß in Hinblick auf Aufnahmen in den Staatsdienst auch von tschechischen und slowakischen Bewerbern die Kenntnis einer Minderheitensprache verlangt werden soll. Für eine Minderheitsangehörigkeit wird man diesen Bewerber eine gewisse Dispens geben müssen, und es ist daher nur gerecht, daß man auch bei deutschen Bewerbern in Rücksicht auf die sehr ungleichen Verhältnisse, es geht um den Geist des gegenseitigen Verständnisses.

Sanktionen gegen Saboteure

Neben den notwendigen Richtlinien für die Durchführung des 18. Februar müssen auch noch Sanktionen für die Nichterhaltung der Weisungen der Regierung vorgezogen sein. Außerdem müssen Beschwerden über die Nationalitätserklärung der Bewerber objektiv untersucht und positiv erledigt werden, wenn sie sich als berechtigt erweisen. Formelle Demonstrationen, wie ein solches z. B. der Redaktion eines sozialdemokratischen Blattes in Angelegenheit der unzulässigen Werbung deutscher

Die Ziffern, die der Herr Ministerpräsident heute nach der tschechischen Seite hin anführte, bedeuten einen wertvollen Beitrag zur Diskussion. Wir anerkennen ohne Vorbehalt das, was positiv geleistet wurde. Von den angeführten öffentlichen Arbeiten, soweit sie auf deutsches Gebiet entfallen, wäre allerdings in Abzug zu bringen, was von tschechischen Unternehmern durchgeführt wurde, die sich den größten Teil ihrer Arbeitskräfte mitbrachten. Solche Arbeiten kann man nicht als Beitrag zur nationalen Befriedigung in Rechnung bringen, weil sie mehr böses Gut erschaffen haben, als wenn überhaupt nichts gebaut worden wäre! Alle diese Dinge können nicht losgelöst von der Struktur der Wirtschaft, von der Wirtschaftslage und von der Wirtschaftskraft betrachtet werden. So darf man nicht vergessen, daß unsere Exportindustrien nach dem Krieg und ganz besonders in den Jahren der Weltkriege einen katastrophalen Rückschlag erlitten haben. Das bedeutet sich insbesondere auf die vielen hunderte Betriebsstilllegungen.

Drei Aufgaben der Staatspolitik

Darum ist es von ungeheurer Bedeutung, daß wir auf dem Gebiete der Andeutung der z. B. unsere Anstrengungen verdoppeln. Ohne Errichtung von Erziehungsinstituten und ohne Wiederbelebung stillgelegter Fabriken werden ganze Schichten unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens lahmgelegt bleiben. Die ganze Errichtung dieser Punkte muß einmal von Rekrutierungen losgelöst werden.

Man soll nicht übersehen, wie weit die wirtschaftliche Erschütterung in den deutschen Gebieten und wie groß die soziale Unsicherheit ist, welche dadurch über einen großen Teil unserer Bevölkerung verhängt wurde.

Man soll nicht übersehen, daß dort, wo hunderte Fabriken stillgelegt worden sind, in einem verhältnismäßig engen Bereich ein unerschütterlicher sozialer Notstand zurückgeblieben ist, den wir bisher nicht genügend zu bekämpfen vermochten.

Man soll auch nicht das Ausmaß der politischen Aufregung und der psychologischen Restlosigkeit übersehen, welche bei einem großen Teil unserer deutschen Bevölkerung anzutreffen ist.

Das sind drei Kräfte an die Staatspolitik, die nur so beantwortet werden können, daß wir unsere Aufbaubarkeit auf wirtschaftlichem Gebiete intensivieren, daß wir unsere Arbeitslosenfürsorge nicht unter das Minimum senken, das zur Erhaltung der Menschlichkeit nötig ist, und daß wir alles vermeiden, was auch von den demokratischen Deutschen als eine Diskrimination empfunden werden könnte. Auf diese Probleme muß die Staatspolitik eine Antwort finden.

Wir haben zur positiven Lösung dieser Kräfte beigetragen, was wir konnten, und werden weiter unsere ganze Kraft dieser Aufgabe widmen. Die Initiative, die Hauptverantwortung und die Entscheidung über Geltingen oder Nichtgeltingen der Verständigungspolitik liegt jedoch beim führenden Staatsvolk und seinen Repräsentanten. Uns obliegt es daher, ihnen unseren Appell zu unterbreiten, daß bei der Durchfindung und systematischen Sanierung der Verhältnisse in unseren Grenzgebieten die Kräfte nicht erlahmen mögen!

16
DER KLEINE
VON EUGÈNE DABIT
Berechnete Übertragung aus dem Französischen von Helot

„Bravo. Ich spendiere.“
Wir gehen in ein Café. Dort rücken wir zwei Tische zusammen und setzen uns. Der Kellner bringt Wein in versiegelten Flaschen. Lejeune erhebt sein Glas:
„Auf das Wohl des Jahrgangs 18.“
Die Gäste drehen die Köpfe. Der Bier an der Theke applaudiert. Bugon steigt auf einen Stuhl und befreit Operettenklavier.
Es ist schon sehr spät, als wir das Lokal verlassen. Ich habe Kopfschmerzen und muß immerzu gähnen. Mama wird geizig in Sorge um mich sein. Ich will Tavernier die Hand zum Abschied geben, aber er hält mich fest.
„Ausgeschlossen, Kleiner.“
„Das kann die nur gut tun“, fügt Bugon lachend hinzu.
Ich habe nicht die Kraft, mich loszureißen. Ich hätte ja doch nie den Mut, allein dahin zu gehen. Wohin wir nun gehen wollen.
Wir kettern in ein Auto. Untermweg singen wir aus vollem Halse. In den Häusern gucken sie aus den Fenstern. Kaufleute treten vor die Ladentür, und wir brüllen im Chor und im Takt:
„Schick aufs Zivilistenpaß!“
Auf einem Boulevard strichen Mädchen ohne Gut. Das Auto hält an einer Passage. Im Hintergrunde glüht eine Nummer auf wie eine Feuerblume. Ich sehe Schatten huschen, zögern, dann schnell eine Türe öffnen. Festliche Helle fällt jedesmal hinaus, und man hört die Töne eines Gramophons.
„Ein schöner Puff“, meint Bugon.

Eine Dunstwolke weht mir ins Gesicht. Spiegel blenden mich. Ein riesiger Mann nimmt die halbe Wand ein. Ein Mädchen, ganz in Schwarz, kommt auf mich zu. Tavernier hältert ihm etwas ins Ohr. Es sieht mich an.
Ich lasse mich in einen Sessel fallen. Kälter Schweiß bedeckt meine Stirn. Wie ist, als müßte ich mich übergeben.
Ein anderes Mädchen springt auf meine Arme und umschlingt meinen Hals mit seinen nackten Armen. Rote Lippen lächeln und glücken auf meinen Mund. Eine Hand liebt mich. Ich höre Liebesworte an meinem Ohr. Sie klingen wie Musik.
10. Kapitel
Eine Karte von Frankreich ist auf dem Tisch ausgebreitet. Mit Rosinist habe ich den Namen Poitiers unterstrichen. Endlich also werde ich ein neues Stück Heimat kennenlernen, neue Gesichter sehen! Aber an die Stelle der Vegetation, die mich heute früh, als ich mich von den Arbeitskollegen verabschiedete, noch hell aufjubeln ließ, ist eine etwas gedämpfte Freude getreten.
Die Möbel, die Mama zweimal im Jahr mit Del einreißt, damit sie funkeln, die Kalender und künstlichen Blumen an den Wänden, die Vasen, die den Mann schmücken: jedes Stück bedeutet eine Erinnerung für mich. Als meine Nase bis zum Tisch reicht, war ich sieben Jahre alt. Ich hatte mir eine Hautkrankheit auf dem Kopf geholt und war vollkommen gelähmt. Einige Monate später hatte mich ein Scharlachfieber ans Bett gefesselt. Dann war ich wieder zur Schule gegangen. Das war, alles in allem, eine gute Zeit. Meine Lehrer hatten es mir oft gesagt. Doch ich konnte nicht erwarten, in die Lehre zu kommen.
Von dem schmalen Wandbrett, das Mama die „Bibliothek“ nennt, nehme ich die roten Goldschmitten, einen nach dem anderen, in die Hand. Es sind meine Schulprämien,

„Arbeitet, Kinder“, sagte der Direktor am Tage der Verteilung. „Wenn ihr groß seid, öffnen euch Kenntnisse alle Türen.“
Ich bin achtzehn Jahre alt. Wie meine Eltern bin ich ein einfacher Arbeiter. Mein Leben wird sich in nichts von ihrem Leben unterscheiden.
Ich trete ans Fenster. Der Himmel ist grau, es wird Abend. Die Landschaft, von der ich jetzt Abschied nehme, finde ich noch düsterer, noch elender als sonst, beinahe tragisch. In diesen finsternen Häusern leben, zusammengedrückt, Tausende von Wesen...
Ich gehe auf und ab, werde ungeduldig. Mama müßte schon da sein!
Plötzlich steigen mir die Tränen in die Augen. Bin ich immer gut zu ihr gewesen? Am Stellungstage war es Mitternacht, als ich nach Hause kam. Mama sah, zitternd vor Kälte, auf der Treppe und wartete auf mich. Ich hatte meinen Lohn vertan; ich sang und taumelte.
„Ach, Kleiner, du bist ja in einem schönen Zustand.“
Nichts weiter. Sie wusch mir das Gesicht ab, brachte mich ins Bett. Und von dem Tage an mochte sie mir, als wäre ich mündig geworden, keinen Vorwurf mehr...
Ich erwarte Onkel Auguste, der auf Urlaub ist. Tavernier holt mich ab. Unser Zug geht um neun Uhr abends. Ich muß feuern. Ich stelle mir den heiß ersehnten Tag nicht so schwer vor, nicht so ernst, und doch wiederum ist er ein Tag wie jeder andere. Louise Thoenard schreit ihren Jungen an:
„Wißt du wohl deine Suppe essen!“
Und auf der Straße rollen die Wagen, lärmend wie sonst.
Zwei Arme umschlingen mich.
„Du hast geteint?“ fragt Mama. „Beschäftigt dich das nicht?“
Sie hebt die Lampe an.
„Frau Dardulot wünscht dir viel Glück. Ich werde jetzt diese Sachen packen. Was nimmst du

mit? Ich möchte dir nur gute Wäsche geben. Aber wer wird sie dir waschen?“
Zwei Paplartons kopft sie voll. Ich sehe zu und sehe, wie Vater 1914, mit müde herabhängenden Armen daneben.
„Du kommst nicht an die Front, Kleiner. Hat Vater gesagt... Damals glaubte man allerdings, der Krieg würde in vierzehn Tagen zu Ende sein.“
Sie verschluckt mein Gepäck.
„Reizig. Wir wollen bald essen.“
Die Suppenschüssel verendet wohlriechend Dämpfe. Die Lampe wirft einen milden Schein. Angst vor dem Abschied drückt mir die Kehle zu. Ich lächle mich. Ich kann nicht essen, schiebe den Teiler zurück und lausche auf den Pendelschlag der Uhr.
Onkel Auguste kommt mit kümmerlicher Umarmung. Wie Lejeune sagt er: „Heute ist der große Tag.“ Das sagt er mit ganz fester Stimme und mit einem sehr würdigen Gesicht.
Er steht sich neben Mama. Sie sehen sich ähnlich. Beide haben die gleiche Nase, dieselben zusammengewachsenen Augenbrauen, dieselben schweren Lippen und schmalen Lippen.
„Je größer du wirst, Kleiner, desto mehr gerätst du nach uns“, stellt Onkel fest.
Wieder kopft es. Tavernier und seine Mutter kommen. Er sieht vergnügt aus und begrüßt Onkel militärisch.
Mama stellt die guten Gläser auf den Tisch und eine Flasche. Wir stoßen an.
Tavernier, schon leicht angefaßelt, sagt mir sein Glas heben:
„Nimm's nicht schwer. Wir kommen bald auf Urlaub.“
Mama lächelt. Die Sympathie, die mit mein Freund befreundet, beruhigt sie.
Onkel flüstert in die Hände.
„Es ist Zeit, Kinder, man muß auseinanderfinden.“
„Noch einen Augenblick!“
(Fortsetzung folgt.)

Das Verbot der „Arbeiter-Zeitung“

Den Mitteilungen des Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten entnehmen wir:

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist vom Februar 1934 bis zum März 1937 in Brünn erschienen. Im März 1937 mußte sie infolge von Verfügungen der tschechoslowakischen Behörden nach Paris verlegt werden. Rummehr wird auch die Verfertigung der in Paris ausgegebenen „Arbeiter-Zeitung“ in der Tschechoslowakischen Republik verboten.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist die einzige Pariser Zeitung, die in der Tschechoslowakischen Republik nicht verbreitet werden darf. Alle französischen Zeitungen, auch solche, die den beständigen Kampf gegen die französische Regierung führen, aber auch alle in Paris herausgegebenen Zeitungen der deutschen, italienischen, russischen, ukrainischen Emigration können in der Tschechoslowakischen Republik verbreitet werden, nur die „Arbeiter-Zeitung“ nicht.

Der Grund dieser auffälligen Maßregel kann nicht in der politischen Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ liegen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat niemals die innere oder die äußere Politik der tschechoslowakischen Regierung, niemals die inneren Verhältnisse in der Tschechoslowakei kritisiert. Auch die Stellungnahme der „Arbeiter-Zeitung“ zu Problemen der internationalen Politik, ihr Kampf gegen den Anschlag Oesterreichs auf Hitler-Deutschland und gegen die Restauration der Habsburger in Oesterreich, ihr Kampf um den Anschlag Oesterreichs an die demokratischen Mächte steht unangefochten im Einklang mit der Politik der tschechoslowakischen Regierung.

Die österreichische Polizei ist nicht imstande, die Massenverbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ in Oesterreich zu verhindern. Was sie selbst nicht zu leisten vermag, verlangt die österreichische Regierung von ausländischen Regierungen. Sie führt in Prag immer wieder Beschwerde darüber, daß die „Arbeiter-Zeitung“ angeblich aus der Tschechoslowakei nach Oesterreich geschmuggelt werde. Offenbar ist das Verbot der Verbreitung und Förderung der „Arbeiter-Zeitung“ in der Tschechoslowakei zu dem Zwecke erfolgt, um den vermeintlichen Schmuggel der „Arbeiter-Zeitung“ aus der Tschechoslowakei nach Oesterreich zu verhindern. In Wirklichkeit kamen von der „Arbeiter-Zeitung“, seitdem sie in Paris herausgegeben wird, in die Tschechoslowakei nicht mehr als ungefähr 1000 Exemplare, die regelmäßig an Einzelabonnenten und Zeitungsverschleiher von Paris aus geschickt wurden; die Auflage der „Arbeiter-Zeitung“ in Oesterreich ist unvergleichlich größer. Die österreichische Regierung wird die Erfahrung machen, daß die Massenverbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ in Oesterreich auch dann nicht verhindert werden wird, wenn kein einziges Exemplar der „Arbeiter-Zeitung“ mehr in die Tschechoslowakei kommt.

Das „Právo lidu“ schreibt über das Verbot der „Arbeiter-Zeitung“ am 17. November:

„Wir betrachten es als unsere Pflicht, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß diese Entschcheidung des Ministeriums des Innern ohne Wissen der Koalitionsparteien erfolgt ist und darum Gegenstand des Einkreits nicht nur im Parlament, sondern auch in der Regierung sein wird. Es handelt sich offensichtlich um eine schlichte Überflüssigkeit für die österreichische Regierung, die sich darüber beschwert, daß die „Arbeiter-Zeitung“ angeblich von uns aus nach Oesterreich geschmuggelt werde.“

Wir haben unsere Meinung zu diesem unglücklichen und demütigenden Schritt unserer Behörden schon gesagt und glauben, daß er den Initiatoren in den Augen des demokratischen Europas nicht nützen wird.

Der Präsident der Republik empfing am Donnerstag, den 18. November, den Minister für soziale Reformen Ing. Rečák.

Die Kommunisten und der Staatsvoranschlag. Der Abgeordnete Dolančí hat im Budgetauschuss des Abgeordnetenhauses die Erklärung abgegeben, daß die Kommunisten für zwei Kapitel des Voranschlags stimmen werden. Es sind dies die Kapitel: Präsident der Republik und Ministerium des Innern.

Schweizer Kommunistenführer verhaftet

Zürich. (Davas.) Der „Freiheit“ zufolge haben die Polizei eine Hausdurchsuchung bei dem Kommunisten Humbert Gros und dem Mitglied des Nationalrates Ernest Walter vor. Beide wurden verhaftet. Eine Hausdurchsuchung wurde auch in der Redaktion der „Freiheit“ vorgenommen. Die Redaktion der „Freiheit“ in einem Bericht über die Verhaftung, daß im Verlaufe der Durchsuchung festgestellt wurde, daß die Generale der kommunistischen Partei in der Schweiz für die Freiwilligenverbände nach Spanien gearbeitet hat.

Abkühlung England—Portugal

London. (Eigenbericht.) Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß die englische Militärmission, deren Entsendung nach Portugal beabsichtigt war, nicht abreisen werde. Die englisch-portugiesischen Beziehungen haben sich im Zusammenhang mit der Kolonialdebatte sehr stark abgekühlt.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Politischer Terror im Staatsforst Deutsche als tschechische Muß-Agrarier

Wieder müssen wir zu den Zuständen in den Staatsforstbetrieben Stellung nehmen. Die tschechischen Agrarier betrachten diese Betriebe anscheinend als ihre unumschränkte Domäne, in der sich ihnen auch jeder parteipolitisch zu fügen hat. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß deutsche Forstarbeiter in die von den tschechischen Agrariern aufgezogene Gewerkschaft gepreßt werden. Diese Forstarbeiter können kein Wort tschechisch. Wer aber nicht bei der Gewerkschaft der tschechischen Agrarier organisiert ist, wird entweder überhaupt nicht, oder glücklicherweise nur vorübergehend in den Staatsforst eingestellt. Ganzjährige Arbeit bekommen nur die Mitglieder der Gewerkschaft der tschechischen Agrarierpartei.

Wir wollen hier nicht ausführlich die Frage erörtern, ob auf die Staatsforstbetrieben das Terrorgesetz etwa nicht angewendet werden darf. Wir wollen nur die politische Dummei aufzeigen, die diese Drahtzieher der tschechischen Regierungspartei begehen. Glauben denn diese staatlichen Forstbeamten, die sich zu Futtreibern der tschechischen Agrarpartei hergeben, daß diese deutschen Holzhauser auf diese Weise zu tschechischen Republikanern erzoogen werden? Glauben die tschechischen Agrarier, daß sie auf diese Weise etwa Wähler im deutschen Volk bekommen? Nein, sie zwingen die Leute zur Gefinnungskumperei nach den Methoden, die drüben im Dritten Reich übrig sind. Wollen die Leute Arbeit in der Nähe ihrer heimatischen Scholle haben, dann müssen sie, die deutschen Proleten, beachten, daß sie tschechische Agrarier geworden sind. Sieht man nicht ein, daß man diese Leute zur Unaufrichtigkeit, zur Unwahrheit zwingt, damit sie sich ein Stück Brot verdienen können? Denkt man dabei nicht daran, daß diese Leute, wenn sie so zur Unaufrichtigkeit und Unwahrhaftigkeit gepreßt werden, überhaupt jedwedes Gefühl für Wahrheit und Aufrichtigkeit verlieren werden? Es erhebt sich für diese deutschen Arbeiter die Frage, ob sie gegenüber solchen staatlichen Organen, die sie diesem Gewissenszwang unterwerfen, überhaupt noch zur Wahrheit und Aufrichtigkeit verpflichtet sind. Ist es nicht so, daß es sittliche Pflicht wird, gegenüber staatlichen Terroristen sich mit den Mitteln zur Wehr zu setzen, die einem noch zur Verfügung stehen? Das ist eben nur noch die Unaufrichtigkeit.

Die praktische Durchführung der Proportionalität

Dr. Hodža geht zum Teil auf Jakschens Vorschläge ein

Auf die Anregung des Genossen Jaksch in der Generaldebatte zum Budget, wozu beschleunigter Durchführung des 18. Jänner noch nachträglich in den Voranschlag eine angemessene Summe für soziale, wirtschaftliche und personelle Erfordernisse einer etappenweisen Proportionalität aufzunehmen, erwiderte Ministerpräsident Dr. Hodža in seinem Schlusswort:

„Kollege Jaksch kam mit dem Vorschlag, daß der Budgetauschuss in manifestanter Weise einen Standpunkt in der Frage der Proportionalität einnehme und daß eine Resolution genehmigt werde, die der Regierung aufträgt, daß außerhalb des Rahmens des Budgets für die Durchführung der Proportionalität eine besondere Summe gewidmet werde.“

In der Sache selbst kann ich soweit damit übereinstimmen, daß die Regierung ermächtigt werde, den Grundhaushalt der Proportionalität auch in den Fällen durchzuführen, wo diese Durchführung gewisse finanzielle Aufwände erfordern würde. Ich muß allerdings darauf bestehen, daß sich diese Resolution im Rahmen des vorgeschlagenen Budgets bewege, und ich könnte nicht die Zustimmung dazu geben, daß an den Budgetposten, die mit der Durchführung der Proportionalität zusammenhängen, Veränderungen vorgenommen würden. Mit diesem Vorbehalt kann ich der Resolution zustimmen.“

Endlich Schluß mit der Wolf-Presse?

Im Budgetauschuss des Abgeordnetenhauses erklärte Ministerpräsident Dr. Hodža, er benötige zwei Anfragen bezüglich der Wolf-Presse zu der Konstatierung, daß die Rechtsverhältnisse dieser Presse so kompliziert sind, daß unter keinen Umständen weder die Regierung noch ihr Vorsitzender eine Verantwortung für das übernehme, was in dieser Presse geschrieben wird. Er sei darauf vorbereitet, diesen komplizierten Rechtsverhältnissen ein Ende zu bereiten. Auch im Sinne eines Wunsches der Sparkommision bereite er eine Lösung auf einer neuen Grundlage vor, wobei er in grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Generaldirektorstatler in Erwägung ziehe, daß der Staat auch als Zeitungsbereitender ein schlechter Unternehmer ist und man aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen ziehen soll.

Sudetendeutschtum und Ausland Eine Abfuhr der SDP

Am Schlusse seiner Rede im Budgetauschuss, die wir an anderer Stelle bringen, sagte sich Genosse Jaksch mit den Abgeordneten der SDP wegen der gegen seine Londoner Reise erhobenen Vorwürfe auseinander. Man mißte sich im Denkeinlager endlich über die richtige Auslegung einigen. Abgeordneter Dr. Kosa habe den Redner als Sympathisierenden, ja beinahe als Kronzeugen für die sudetendeutschen Beschwerden reklamiert, während „Die

Zeit“ ihn als bestochenen tschechischen Agenten hinstelle. Welche Version die richtige ist, mögen die Herren mit ihrem Gewissen ausmachen. Genosse Jaksch empfiehlt den SDP-Politikern, ihren totalitären Geist nicht allzu offen zur Schau zu tragen. Wenn Herr Henlein nach London reisen darf, warum dürfe das ein aktivistischer Politiker nicht tun? Den Herrn Dr. Jonaš konnte man wegen einer „unerlaubten Auslandsreise“ aus der Parteileitung hinausschleusen, wir aber unterziehen zum Glück noch nicht der Disziplinargewalt der SDP.

Wenn „Die Zeit“ in ihrer Karikatur es so schön darstelle, wie Redner einen Redakteur des „Manchester Guardian“ bestochen habe, so sei es zweifelhaft, ob sich die SDP bei dem stark entwickelten Ehrgefühl des englischen Journalismus dadurch eine bessere Position geschaffen hat.

Wir sagen den verantwortlichen Organen der Republik diese Dinge wieder einmal mit aller Deutlichkeit und fordern, daß endlich Abhilfe geschaffen wird.

Unternehmer-Kamerad vor dem Arbeitsgericht

In der Fabrik Josef Weisel in St. Georgenthal betreibt seit März 1936 der Fäbber Hermann Schmidt aus Wornsdorf eine Strang- und Abfallfabrik fast ausschließlich mit „Hilfsarbeitern“, denen er elende Stundenlöhne zahlt. Dies in einem Betriebe, dessen Chef der „einbeutige soziale“ Partei angehört; und auch die Arbeiter schwören auf die „Volksgemeinschaft“.

Im September 1937 wurde der in diesem SDP-Nestbetrieb beschäftigte Heizer entlassen und wie wir nun in Erfahrung gebracht haben, hat der Entlassene eine Klage beim Arbeitsgericht in Wornsdorf eingebracht, durch welche er die Bezahlung der geleisteten Ueberstunden erreichen will. Es wurde ein Betrag von rund 7000 Kč eingeklagt. Diese Summe gibt eine beiläufige Vorstellung davon, wie es in diesem Betriebe mit der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit aussieht! Der klagende Heizer hatte eine durchschnittliche Arbeitszeit von 80 bis 90 Stunden wöchentlich!

Wir werden über den Ausgang des Prozesses eines Kameraden-Arbeiters gegen einen Kameraden-Unternehmer berichten.

Bezirksvertrauensmann März-Ronsperg bei der Arbeit schwer verunglückt

Der Ronsperger Bezirksvertrauensmann der DSA, Franz März, ist am Montag an seiner Arbeitsstelle in der Spitzgrube schwer verunglückt. Während der Arbeit löste sich ein Materialwand derart los, daß dem Genossen März der rechte Schienbeinfraktur und der linke Unterschenkel gebrochen wurden. Der Verunglückte mußte sofort ins Krankenhaus nach Taus gebracht werden.

Der Unglücksfall wirkt umso tragischer, als es März erst vor kurzem nach langer Arbeitslosigkeit endlich wieder gelungen war, Arbeit zu bekommen.

Noch am Sonntag hatte März, der auch Kaffier seiner Gewerkschaft, des Kameraden-Verbandes, ist, an der Kreisgewerkschaftskommission in Ries teilgenommen. Kennzeichnend für diesen Vertrauensmann ist, daß er vor seinem Abtransport ins Krankenhaus, also im Zustand

Erklärung

Zu dem in dieser Zeitschrift am 12. Oktober 1937 unter der Rubrik „Konrad Henlein Förderung“ und dem Untertitel „Entfaltungen und Ausführungen über den Anschlag im Halle Ratha“ veröffentlichten Artikel erklären wir, daß wir über die Rede Konrad Henlein bloß referiert haben und daß wir weder die Absicht hatten noch haben, und mit den Ausfällen Konrad Henlein gegen die Zeitschrift „Sozialdemokrat“ zu identifizieren, was wir hiemit der Redaktion der genannten Zeitschrift auflären.

Die Redaktion der „Neuen Morgenpost“.

Erklärung

Zu der in der „Friedländer Zeitung“ vom 13. Oktober 1937 veröffentlichten Nachricht: „Der Halle Ratha“, erklären wir, daß wir die erwähnte Nachricht als Bericht über die Rede des Politikers Konrad Henlein und nicht als eigene Meinungsäußerung veröffentlicht haben. Mit den in der von uns wiedergegebenen Rede Konrad Henlein enthaltenen, auf die Zeitung „Sozialdemokrat“ bezüglichen, beleidigenden Behauptungen können wir uns in keiner Weise identifizieren. Wir widerrufen daher den beleidigenden Artikel und leihen der Redaktion „Sozialdemokrat“ auf diese Weise volle Genugtuung.

Die Redaktion der „Friedländer Zeitung“.

größter Körperlicher Schmerz, seiner Frau Weisungen darüber gab, was alles zu geschehen habe, damit die Arbeitslosen am Fälligkeitstage ihre Unterstützung richtig erhalten...

Wir hoffen, daß es den Bezogen bald gelingen werde, unseren prachvollen Genossen bald wiederherzustellen und ihn seiner Familie und seiner Arbeit wiederzugeben.

Der Präsident der Reichsmusikkammer in Berlin, Dr. Raabe, war (samt Herrn Hans Grohmann aus Breslau) von der „Ortskulturkammer“ des Bundes der Deutschen in Karlsbad eingeladen worden, in Karlsbad ein Konzert zu dirigieren. Wie die „Zeit“ mitteilt, ist am Mittwoch ein Austrittsverbot für Raabe als Dirigenten eingetroffen.

Zwei Seelen und ein Gedanke... Wir halten getreu die Meldung eines französischen Matrosen veröffentlicht, daß Hitler die Neutralisierung der Tschechoslowakei nach dem Muster Belgiens anstrebe, um bei einem Zusammenstoß der Großmächte die tschechoslowakische Armee ausschalten zu können. — Am selben Tage trat die SDP im Außenaußschuß des Abgeordnetenhauses durch Herrn Birle ebenfalls für die Neutralisierung der Tschechoslowakei im Sinne Belgiens ein. Sie wäre nach dieser „geradezu eine Erlösung“ und würde eine Politik der Befriedung und des Aufstieges garantieren. Die Tschechoslowakei müsse nach dieser ihrer Außenpolitik eine Wendung geben: Als Nationalitätenstaat mit Berlin zur Sicherung Europas! Selbstredend nahm sich Birle auch der Forderungen Deutschlands nach Kolonien warmhändig an und verteidigte die reichsdeutsche Presse wegen der Lepziger Kampagne: „Wenn das offizielle Pressebüro und amtliche Stellen die Taten der Polizisten gutsehen, dann braucht man sich nicht wundern, wenn die Presse des Reiches diese unerhörten Vorfälle in deutscher Weise zum Ausdruck bringt.“

Berhaltung Steuerhinterziehung. Der Braumeister Vajer von der Rudolfsbräuerei in Trübel im Bezirk Plan wurde von der Gefälligkeitskontrolle verhaftet und nach Plan eingeliefert. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Es soll sich um Steuerhinterziehungen in großem Ausmaß handeln. Bajer ist ein strommer SDP-Mann. Bei dem Brauhaus steht eine Säule mit einem Ausbauge-Kasten der SDP. Die Herrschaft ist dafür bekannt, daß sie nur ganz niedrige Stundenlöhne bezahlt und keine „marxistische“ Organisation besitzt. Die Arbeiter werden gezwungen, bei der SDP organisiert zu sein.

Der große alte Mann

Ein Masarykbuch von Josef Hofbauer erscheint am 10. Dezember im Verlag Eugen Prager, Bratislava.

Inhalt: T. G. Masaryk, Gedicht von Josef Hofbauer. — Beweint von Millionen — Symbolischer Aufbruch — Erzieher und Kämpfer — Anwalt der Frauen — Freund der Arbeiter — Im Herberden Oesterreich — Philosoph, Revolutionär, Staatsgründer — Der große Demokrat — Sozialismus — ... und die Deutschen — Lebenslehre — Die Wahrheit liegt.

Preis des etwa 220 Seiten starken Buches in Ganzleinen für organisierte Arbeiter Kč 24.—.

Bestellungen nehmen entgegen: die Zentralstelle für das Bildungswesen in Prag XII, Slegls 13; alle Kolporteurs der „Folke- und Bezirksorganisationen und die Verwaltung des „Kampf“, Prag II, Lidstova 37.

Stratosphären-Fernverkehr

Der Plan Auguste Piccards

So leicht Professor Auguste Piccard mit seinem Zwillingbruder, dem Professor Jean Piccard, zu verwechseln ist — es gibt hunderte Anleden über Verwechslungen der beiden Stratosphärenforscher — so leicht ist auch die charakteristische Gestalt des berühmten Mannes zu erkennen, wenn er vor uns steht. Den großen hageren Mann, mit der weit in das Hoargebüsch reichenden Stirne erkennt jeder Zuhörer sofort, da Professor Piccard an das Vortragspult der Prager „Urania“ tritt. Der dicht besetzte Saal zeigt das große Interesse, das dem Mann und dem Thema des Abends (Die Stratosphäre als zukünftige Bahn für den Fernverkehr) gilt.

In ruhigen, sachlichen Worten, die manchmal durch eine wichtige Bemerkung gewürzt oder durch eine ausholende Bewegung der Hände unterbrochen werden, beginnt Prof. Piccard den Raum des künftigen Fernverkehrs, die Stratosphäre, zu schildern. Sehr wichtig ist, daß diese fast wasserdampffreie, von Winden, Stürmen und Wolken nicht mehr durchzogene Schicht dünner Luft in unteren Breiten zwar erst in 12.000 Meter Höhe, in der Arktis aber schon in fünf bis sechstausend Metern beginnt. Flüge von Moskau nach San Franzisko, von Sowjetrußland nach Nordamerika, die über den Pol in sechstausend Meter gehen, sind dann also bereits Stratosphären-Fernverkehr.

Professor Piccard hält das Problem einer Luftschiffkabinen, die für die Reise in der dünnen, nicht mehr atembaren Luft notwendig ist, für das am leichtesten zu lösende. Ohne Zweifel sind auch bei den Ballons in dieser Hinsicht alle Schwierigkeiten überwunden. Die vom Menschen ausgehende Kohlenäure kann durch Apparate leicht aus der verbrauchten Luft genommen und zugleich der Sauerstoff wieder ersetzt werden. In einem kurz vor dem Prager Vortrag gegebenen Interview meinte Professor Piccard, daß es vor allem an der Leichtigkeit der Konstruktoren liege, wenn diese luftdichte Kabinen nicht auch für das Flugzeug geschaffen sei. Es scheinen aber doch für das Flugzeug, einmal durch die dauernden Erschütterungen des Rotors und zum anderen durch die vom Piloten zum Rotor und zum Leitwerk notwendigen Verbindungen, weit größere Schwierigkeiten zu bestehen.

Die Ballonfahrer der Stratosphäre haben es allmählich durch richtige Wahl des Anspruchs der kugelförmigen Stratosphärenkapsel erreicht. Die Sonnenwärme zur normalen Heizung der Kugeln innen auszunutzen. Vielleicht läßt sich auch diese Methode zum Teil im Fernverkehr der Stratosphärenflugzeuge übernehmen. Es ist aber wahrscheinlich, daß man sich dort bequeme Temperaturen durch Elektroheizung verschaffen wird.

Der Anreiz, Stratosphärenflugzeuge zu verwenden, beruht neben den besseren meteorologischen Bedingungen vor allem auf der Tatsache, daß man in zehnmal dünnerer Luft, bei gleichen aerodynamischen Bedingungen, dreimal schneller fliegen kann. Diesen Zustand findet man in etwa 16.000 Meter Höhe.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß man auch einen dreimal stärkeren Motor verwenden muß. Das ergibt zwar bei dreimal höherer Geschwindigkeit wieder gleichen Benzinverbrauch, da aber der Motor schwerer wurde, ist das Nutzgewicht kleiner geworden.

Um dieser Schwierigkeit zu entgehen, baut man nun in Belgien ein Flugzeug mit Stratosphärenkapsel, das nur in einer Höhe von fünftausend Metern fliegen soll. Die Stratosphärenkapsel erhebt in großer Höhe die Flughöhe. Schon bei einem längeren Aufenthalt in Höhen um viertausend Meter zeigen sich bei den Piloten sonst die Anzeichen einer besonderen Höhenkrankheit. Der Pilot wird unfähig, rasche

Erschlüsse zu fassen und zeigt in allen Lagen einen gänzlich ungedultfertigen Optimismus. Veralechbar ist dieser höhenranke Pilot am besten mit einem durch Alkohol Angebeilerten. Man weiß, was schon ein leicht betrunkenen Autofahrer am Steuer eines Kraftwagens antreiben kann. Wie gefährlich ist erst ein angebeilertes Flugzeugführer! Diese Gefahr der dünnen Luft scheidet die Heberdruckkabine des belgischen Flugzeuges nun vollständig aus.

Tagesneuigkeiten

Aus dem Schatzkästlein der Kommunisten

„Die Regierung der faschistischen Diktatur“

„... das alles beweist, daß die Regierung Malypetr-Melbner-Benes-Czech zur Regierung der faschistischen Diktatur wird... Darum ist es für die tschechische Bourgeoisie im gegebenen Augenblick vorteilhafter, die faschistische Diktatur unter der Maske der „Verteidigung der Demokratie“ zu errichten...“

(Resolution des VIII. Plenums des ZK. der KPTsch. vom 23. Oktober 1935)

Hinaus aus der Regierung!

„Die Partei muß den sozialdemokratischen Arbeitern zeigen, daß die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und die Teilnahme an der Regierung mit den Repräsentanten der faschistischen Bourgeoisie keinerlei Verteidigung gegen Hunger und Faschismus ist.“

(Resolution des X. Plenums des ZK. der KPTsch.)

„... daß die faschistische Diktatur des tschechischen Finanzkapitals unter der Losung „Verteidigung der Demokratie, der Republik, des Staates, der nationalen Freiheiten, gegen alle Nichtdemokraten und Feinde der tschechischen Selbständigkeit“ durchgeführt wird, und daß sie auf den „vitalen Kräften der Nation“ begründet ist, wie sich Dr. Benes gerne ausdrückt und worunter die sogenannten Burgparteien einschließlich der Sozialfaschisten zu verstehen sind.“

(Karl Neumann, in der Broschüre: „Klar Front gegen den Opportunismus“ 1934)

Kriegsvorbereitungen in — der Tschechoslowakei

„Fieberhafte Kriegsvorbereitungen in der Tschechoslowakei... Die „sozialistischen“ Regierungsparteien, die deutsche und tschechische Sozialdemokratie sowie die tschechischen Nationalsozialisten stellen sich bedingungslos hinter das Rüstungsprogramm der Bourgeoisie. Nur die Kommunisten traten mutig auf und stellten sich dem imperialistischen Rüstungsprogramm der Regierungskoalition entgegen.“

(Karl Braun, Prag, in der Basler „Rundschau“ Nr. 63 vom 29. November 1934, Seite 261)

Sechs Bergleute verschüttet

Hindenburg. (Oberschlesien.) Auf einer Schachtanlage der Königin-Luisa-Grube ging Mittwoch bei einem Gebirgssturz ein Abbaupfeiler zu Bruch. Sechs Bergleute sind von der Kohlenwelt abgeschnitten worden. Bis Donnerstag vormittags konnte noch keine Verbindung mit den Verschütteten aufgenommen werden.

Ehrendoktor J. V. Krejci. Das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät der tschechischen Universität in Prag hat den Schriftsteller

Professor Piccard hofft, daß man nach einigen guten Erfahrungen mit diesen Sub-Stratosphärenflugzeugen bald in Höhen von über zehntausend Meter im Fernverkehr gehen wird.

Professor Piccard ist nicht, wie manche Kritiker behaupten, schon zehnmal in der Stratosphäre gewesen, er hat sich bis jetzt nur zweimal so fern von der Erde aufgehalten. Professor Piccard ist jedoch ein echter Gelehrter und so hat er ganz übersehen, daß es eine Kraft gibt, die mehr als alle verbenden Worte und wirtschaftlichen Berechnungen den Stratosphärenflug forcieren wird: das ist die militärische Notwendigkeit. R.D.

J. V. Krejci, Redakteur des „Právo Lidu“ für seine Verdienste um die tschechische Literatur und Kultur zum Ehrendoktor ernannt. Diese Ernennung ist für Krejci eine ganz besondere Ehre, denn diesem Mann kommt in der Erziehung der tschechischen Arbeiter zu verfeinertem literarischen Geschmack und zur Wertung der geistigen Kultur von höherer Sorte ein großes Verdienst zu. Die verdiente Ehre Krejcis, die auch und freut, ehrt aber gleichzeitig die Universität, die einem Schriftsteller, der sich vor allem bemüht hat, von Arbeitern gelesen zu werden, in dieser Weise gerecht wird. Sie gibt damit ein Vorbild jenen deutschen Hochschulen, die aus der Verleibung von Ehrendoktoraten eine Parteiangelegenheit infolge gemacht haben, als eine solche Ehre auch hierzulande nur jenen zuteil wird, die einer entschiedenen demokratischen Gesinnung nicht verdächtig sind.

Einheitsstrafen für Benützung der Notbremse. Die Eisenbahnverwaltung hat einen einheitlichen Tarif für die Geldstrafen festgesetzt, die wegen unbefugter Benützung der Notbremse im Zuge oder wegen unbefugten Aufenthaltes auf den Eisenbahngleisen verhängt werden. Wer auf diese Weise einen Schnellzug auf einer der Hauptstrecken zum Stehen bringt, muß 80 Kč bezahlen, bei Personenzügen ermäßigt sich die Strafe auf 60 Kč und auf den Nebenstrecken und bei Lokalbahnen auf 30 Kč.

Ein neuer heftiger Taifun wütete auf den Philippinen und suchte insbesondere die Inseln Leyte, Cebu, Panay und Mindoro heim. Auf der Insel Cebu sind einige hundert Personen obdachlos, zwei Personen fanden den Tod.

Japaner plündern in Schanghai. Die Besitzer britischer und amerikanischer Häuser teilten mit, daß die japanischen Soldaten einige Häuser, die britisch-amerikanisches Eigentum sind, geplündert haben. Sie haben damit das von den japanischen Behörden in den Straßen platzierte Verbot überschritten, in welchem es heißt, daß die japanischen Soldaten den Boden fremden Eigentums nicht betreten dürfen.

Der jüngste Krieg. Gemäß dem Vorbild der Großen, einander zu überfallen, ohne sich den Krieg zu erklären, ist ein schwerer Konflikt zwischen den Einwohnern der Insel Jersey im Kanalkanal und den Bewohnern der Stadt St. Malo an der bretonischen Küste ausgebrochen. Jersey ist englisch, St. Malo französisch, und dazwischen liegen die kleinen Inseln von Winguers, bisher nur bewohnt von einigen Löwen, wenn auch die Fischer sowohl von Jersey wie von St. Malo oft dorthin fuhren, weil diese Gegend sehr reichlich ist. Nach einem stillen Hebervereinommen war es bisher die Aufgabe des französischen Seedenstbes, die Bojen in der Umgebung der Winguers zu legen und zu kontrollieren. Plötzlich wurden vor einigen Wochen die Fischer von Jersey anderer Ansicht, sie legten ihre eigenen Bojen, zerstörten die französischen und besahen sogar die Winguers-Inseln. Dies ließen sich wiederum die Fischer von St. Malo nicht gefallen, und jetzt tobt ein kleiner Krieg von Boot zu Boot, über dessen Ausgang man noch nichts sagen kann. Glücklicherweise hat der Bürgermeister von St. Malo sich an den Quai d'Oran gewandt, damit dieser auf Grund der bestehenden Verträge die Sache reglich ordnen kann. Es bleibt zu hoffen, daß der Fischerkrieg ohne diplomatischen Eingriff beigelegt wird, da sonst nichts weiter übrig bliebe als die Bildung eines Nichtinterventionskomités...

Englands Bahnen bleiben Privatbesitz. Im Unterhaus wurde Mittwoch abends ein Antrag der Labour-Opposition auf Rationalisierung des Transportwesens in England eingebracht. Der Antrag wurde mit 163 gegen 95 Stimmen abgelehnt.

Auf der Suche nach dem Inka-Gold. Eine bolivianische Minengesellschaft läßt zur Zeit den größten Frachttransport auf dem Luftwege vornehmen, der jemals durchgeführt wurde. Es handelt sich darum, die Berge in der Umgebung des Lipuani-Flusses wieder zu erschließen. Hier wurde vor über 200 Jahren sehr viel Gold gefunden, der Lipuani-Fluß erscheint unter dem Namen „der Goldfluß“ in den alten Sagen der Inkas. Wie man im 16., 17. und 18. Jahrhundert in diese völlig unzugängliche Gegend gelangen konnte, die zum Teil über 4000 Meter hoch liegt, ist ein Geheimnis der Inkas geblieben. Die jetzige Wiedererschließung ist jedenfalls nur so möglich, daß Flugzeuge alle Apparate und Maschinen für die Bohrungen an Ort und Stelle bringen. Die Ausrüstung der bolivianischen Gesellschaft wiegt insgesamt 500.000 Kilogramm, und die „Panamerican Airways“ haben eine Reihe ihrer größten dreimotorigen Apparate zur Verfügung gestellt. Die Transporte haben bereits begonnen, es wird aber 100 Flugtage dauern, bis alles herangeschafft worden ist, wobei die Flugzeuge jedesmal



Suzanne Norville, die zum Film zurückgekehrt ist und die Hauptrolle in „Sordubal“ spielt, einem Film, der nach dem bekannten Roman von Karel Capek gedreht wurde.

über die Spitzen der Anden, also rund 6000 Meter hoch steigen. Allein die Vorbereitungsarbeiten kosten, wie man sich denken kann, mehrere Millionen Dollar, demnach muß die zu erwartende Ausbeute des Goldflusses wirklich so märchenhaft hoch sein, wie es in den alten Sagen heißt.

Wie sie Oesterreich lieben... Die Vertreter der österreichischen Filmindustrie, welche in diesen Tagen in Berlin mit der Reichsfilmkammer verhandeln, teilen mit, daß die Perle n e r Kreise die Einfuhr von österreichischen Filmen nach Deutschland respektive die Finanzierung dieser Einfuhr um 50 Prozent zu reduzieren beabsichtigen.

Die Einwohnerzahl der USA. Aus neuen Statistiken geht hervor, daß die Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten zum 1. Juli d. J. 129.257.000 Seelen betrug. Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1930 betrug die Einwohnerzahl 122.775.000 Personen.

Die japanischen Verluste. Der Sprecher der japanischen Regierung beziffert die japanischen Verluste an der Schanghai-Front bis zum 15. November mit 9700 Toten und 29.800 Verletzten. Diese Verluste stellen etwa 80 Prozent der Gesamtverluste Japans dar. Von den Todesfällen entfallen etwa zehn Prozent auf Ableben infolge Krankheit.

Die ersten Marken für den Sotol-Kongress. Die Postverwaltung bereitet die Ausgabe der ersten Emmission der Gelegenheitsbriefmarken für den Sotol-Kongress vom Jahre 1938 vor. Die erste Ausgabe ist den Winterferien gewidmet, welche vom 6. bis 13. Februar 1938 in der hohen Tatra stattfinden. Die Marke wird zu Beginn des Monats Jänner ausgegeben werden und wird nur eine beschränkte Zeit gelten.

Diphtherie-Impfung. In der letzten Zeit tritt wiederum in größerem Maßstabe die Diphtherie auf. In einigen Gemeinden hat sie epidemischen Charakter angenommen. Es werden auch Erkrankungen bei geimpften Kindern gemeldet, bei denen die Nachimpfung unterlassen wurde. Das Staatliche Gesundheitsinstitut macht daher neuerdings auf die Notwendigkeit der Nachimpfung aufmerksam und fordert die Väter wie die Eltern auf, die Nachimpfung sofort durchzuführen, sobald in der Gemeinde der erste Diphtherie-Fall auftritt. Zur Nachimpfung genügt in der Regel eine Injektion. Bisher nicht geimpfte Kinder sollen zur Impfung vorbereitet werden. Das Staatliche Gesundheitsinstitut bereitet einen neuen Impfstoff gegen Diphtherie vor, der nur eine einzige Injektion erfordert, allerdings unter der Voraussetzung, daß nach Ablauf einiger Monate und bei drohender Epidemiegfahr das Kind nachgeimpft wird. Außerdem bereitet das Staatliche Gesundheitsinstitut einen neuen kombinierten Impfstoff gegen Diphtherie, Scharlach und Keuchhusten vor, der in zwei Injektionen verabreicht wird, wobei nach sechs Monaten eine dritte und im Falle einer Epidemiegfahr eine weitere Injektion gegeben werden muß. Beide Impfstoffe wurden bereits bei Laboratoriumsversuchen erprobt und werden in einigen Instituten bereits praktisch verwendet. Zur allgemeinen Verwendung werden sie wahrscheinlich Ende dieses Jahres gelangen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Sonntag:

Prag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 10.30: Schallplatten, 11: Deutsche Sendung: Fröhliches Wochenende, Wieder im Eragebüchdiendialekt, 17.55: Deutsche Sendung: Zeitgenössische Musik, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Deutsche Aktualitäten, 20.05: Aus dem Svezionsaal: Konzert der tschechischen Philharmonie: Mozart, Schubert, Johann Strauß, 22.15: Operettenmusik. — Prag, Sender II: 14.20: Deutsche Sendung: Kleines Solistenkonzert: Rieder von Brahms und Gop, 14.55: Deutsche Presse, 18.15: Salonorchester. — Brünn 17.40: Deutsche Sendung: Spielen und Singen mit aus der Operette. — Rundfunkspiel: Bierer macht Ordnung. — Preßburg 12.35: Rundfunkorchesterkonzert. — Kaschau 11.05: Militärkapelle, 12.05: Schallplatten, Mährisch-Ostern 15.20: Unterhaltungsmusik.



Das ist der Krieg! — Die Zerstörung Tschapeis

